



Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Herrn  
Oberbürgermeister  
Jörg Dehm

Rathausstraße 11  
58095 Hagen

- im Hause -

Telefon: 02331 207-5529  
Fax: 02331 207-5530  
E-Mail: [fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de](mailto:fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de)  
Internet: [www.fraktion-hagen-aktiv.de](http://www.fraktion-hagen-aktiv.de)

Hagen, 26. Januar 2012

**Anfrage gemäß § 5, Abs. 1 GeschO für die nächste Ratssitzung am 09. Februar 2012**  
**Thema | Verbindlichkeit des Haushaltssicherungsplans (HSP).**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Jahre 2010 hat Hagen Aktiv im Vorfeld zur Aufstellung des „Haushaltssicherungskonzept 2011“ (HSK 2011) versucht, mit detaillierten Fragenstellungen bei über 140 Einzelsparmaßnahmen Licht ins Dunkel der städtischen Haushaltskonsolidierung zu bringen. Gelingen ist uns dies jedoch nicht.

Ursächlich hierfür ist, dass die Verwaltung trotz mehrmaliger, umfangreicher inhaltlicher wie auch betriebswirtschaftlicher Nachfragen unsererseits vielfach keine befriedigenden Antworten liefern konnte, oder es sich aber schlichtweg um „Luftbuchungen“ seitens der Stadtverwaltung handelte, deren Eintrittswahrscheinlichkeit und somit „Spareffekt“ gleich Null war. Die noch ausstehende Beantwortung der aktuellen SPD-Anfrage zum HSK 2011 wird unsere Kritik in Bezug auf Verbindlichkeit und Umsetzungsgrad des HSK 2011 sicherlich bestätigen.

Da uns die Unverbindlichkeit und insbesondere die Umsetzungsschwäche seitens der Verwaltung schon im Vorfeld des HSK 2011 bewusst war, hat die Fraktion Hagen Aktiv nicht zuletzt aus diesem Grund lediglich 60% der mehr oder weniger belastbaren „Sparmaßnahmen“ mitgetragen.

Als besonders erschreckend empfanden wir, dass die Verwaltungsspitze auf unsere damalige Kritik an der Verbindlichkeit des HSK 2011 entgegnete, dass ein „Konzept“ nicht zwingend verbindlich sein und kassenwirksam werden muss. Es handele sich lediglich um eine Ideensammlung zur Haushaltskonsolidierung, bei der eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit nicht gegeben sein muss.

Da es sich beim zukünftigen Haushaltssicherungsplan (HSP) um Plandaten handelt, gehen wir davon aus, dass die Verwaltung dieses Mal auch belastbare Bewertungsansätze verwenden wird, die mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit verbunden sind.

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben ein Anrecht darauf, zu erfahren, wie ernst der Verwaltung die eigenen Sparbemühungen sind, oder ob es sich lediglich um eine „öffentlichkeitswirksame Außendarstellung“ handelt. Beim HSP muss vor allem die Stadt Hagen und deren städtischen Töchter ihren Sparwillen zum Ausdruck bringen. Steuererhöhungen und längst überfällige Anpassungen an den demographischen Wandel sind für uns keine Sparmaßnahmen.

Auch hier fordern wir die entsprechende Transparenz ein und bitten um Beantwortung der folgenden Fragen:

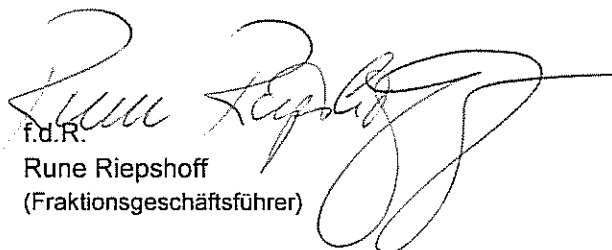
**Fragen.**

- 1) Anhand welcher Rahmenbedingungen werden die Einzelmaßnahmen des bevorstehenden HSP erstellt.
  - a) Welche gesetzlichen Vorgaben und welche betriebswirtschaftlichen Methoden werden angewandt, um einen möglichst realistischen Sanierungsplan zu erstellen und abzubilden?
  - b) Welche Markt- / Empfehlungsdaten (vergangenheits- / zukunftsorientiert) werden als Bewertungsansätze verwendet? Woher kommen diese Wertansätze (intern/extern)?
  - c) Wie hoch muss die Verbindlichkeit / Eintrittswahrscheinlichkeit einer Sparmaßnahme sein, damit diese überhaupt in den HSP aufgenommen werden kann?
  - d) Werden für eine sachgerechte Haushaltsentwicklung zukünftig auch die Personalkosten sowie Lohn- und Gehaltssteigerungen in die Einzelmaßnahmen des HSP einbezogen (wie es der Beschluss aus Vorlage 0391/2010 vom 06. Mai 2010 vorsieht)?
- 2) Welcher Fachbereich ist für die Umsetzung und Überwachung des HSP verantwortlich? In welchem Turnus werden die entsprechenden Berichte zum Umsetzungsgrad der Einzelmaßnahmen den politischen Mandatsträgern aller Fraktionen zur Verfügung gestellt?
- 3) Wie hoch wird der reale Sparanteil der städtischen Verwaltung und Beteiligungen am zukünftigen HSP sein?
  - a. In welcher Höhe werden Steuererhöhungen zum „Sparanteil“ beitragen?
  - b. Wie hoch wird der Anteil durch Gewinnsteigerungen der städtischen Töchter taxiert?
  - c. Wie hoch wird der Anteil, der lediglich den zwingend erforderlichen Anpassungen an den demographischen Wandel in unserer Stadt geschuldet ist, eingeschätzt?(Bitte eine fachliche Einschätzung zur prozentualen Verteilung angeben)

Wir bitten um eine Beantwortung der Fragen bis zur nächsten Ratssitzung am 09. Februar 2012 und eine rechtzeitige Zustellung an alle Fraktionen. Aufgrund der Komplexität ist eine Tischvorlage nicht ausreichend.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Dr. Josef Bücker  
(Fraktionsvorsitzender)

  
f.d.R.  
Rune Riepshoff  
(Fraktionsgeschäftsführer)